

Herbert Pichler

In Wirtschaftspolitik einsteigen. Sieben Trittsteine für EinsteigerInnen

**Bezug zum
Informationsteil**

Kurt W. Rothschild: Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik
Brigitte Unger: Internationale Wirtschaftsverflechtungen und die Macht der global agierenden Finanzmärkte
Markus Marterbauer: Finanz- und Wirtschaftskrise: Neue Herausforderungen für Sozial- und Beschäftigungspolitik

Zielgruppe

Sekundarstufe II, 9. Schulstufe

Lehrplanbezug

Für den Einstieg in das Thema sollte bereits in der Sekundarstufe I die Basis gelegt werden. Im Beitrag „Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?“ (siehe Kasten Onlineversion S. 75 idB) habe ich einen ausführlichen Überblick über die Lehrziele aus den Lehrplänen von Geographie und Wirtschaftskunde sowie für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung gegeben, die eine Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Politik nahelegen. Daher wird an dieser Stelle nur mehr auf diese Zusammenschau verwiesen und der Hinweis gegeben, dass im thematischen Kontext ein fachübergreifender Aufbau von Kompetenzen gewinnbringend erscheint.

Kompetenzen

Sachkompetenz, Methodenkompetenz, Handlungskompetenz, Urteilskompetenz

Dauer

2 UE pro Trittstein, plus 2 UE für die Präsentationen und deren Besprechung

**Zentrale
Fragestellungen**

- ▶ Was hat Wirtschaft mit mir und meinem Leben zu tun?
- ▶ Was ist Wirtschaftspolitik? Welche Lebensbereiche werden von wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitgestaltet?
- ▶ Wie kann ich Wirtschaft und Wirtschaftspolitik beeinflussen und in wichtigen Fragen mitbestimmen und gestalten?
- ▶ Welche zentralen Ziele verfolgt die Wirtschaftspolitik? Wie ist das Verhältnis der unterschiedlichen Ziele zueinander zu beschreiben?
- ▶ Wie agiert Wirtschaftspolitik, um die Ziele des „magischen Vielecks“ erreichen zu können? Welche Zielkonflikte treten dabei auf?
- ▶ Welche zwei wichtigen Denkschulen der Wirtschaftspolitik haben sich entwickelt? Wie wirken sich die Brillen der beiden Denkschulen auf die Wahrnehmung wirtschaftspolitischer Probleme und deren Lösung aus?
- ▶ Welche AkteurInnen gestalten die Wirtschaftspolitik? Auf welchen verschiedenen Ebenen handeln wirtschaftspolitische AkteurInnen und Institutionen?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

**Auswirkungen
wirtschafts-
politischer
Entscheidungen**

Der vorliegende Beitrag versteht sich als Fortsetzung des weiter oben bereits angesprochenen Unterrichtsbeispiels im Band 31 dieser Reihe. Es empfiehlt sich, sich von den dort angebotenen Möglichkeiten zu altersadäquaten alltagsweltbezogenen Einfädelungen inspirieren zu lassen, damit SchülerInnen ihre vielfältige Verbundenheit mit der Wirtschaft und mit den Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen erkennen können. Darauf aufbauend verstehen sich die sieben Trittsteine für EinsteigerInnen als Orientierungshilfen im breiten Feld der Wirtschaftspolitik.

Keine wert- oder interessensfreie Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund der politischen Bildung ist es besonders wichtig, dass in der Realität der wirtschaftspolitischen Aushandlung Kontroverses auch im Unterricht kontrovers dargestellt wird. Besonders bedeutsam ist dabei, den SchülerInnen bewusst werden zu lassen, wie die Interessen jeweils den Standpunkt bestimmen und dass es keine wert- oder interessensfreie Wirtschaftspolitik gibt. Es ist stets nach den GewinnerInnen und VerliererInnen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu fragen. So kann mit dem Aufbau der Sachkompetenz auch die Urteils- und Handlungskompetenz der SchülerInnen in wirtschaftspolitischen Problemstellungen entwickelt werden.

Sieben Trittsteine für arbeitsteilige Gruppenarbeit

Die sieben Trittsteine bieten sich unter anderem dazu an, in arbeitsteiliger Gruppenarbeit in Kleingruppen bearbeitet zu werden. Die einzelnen Gruppen erarbeiten je ein Lernplakat oder ein Infoblatt zu einem Trittstein. Nach dem Modell des Gruppen-Puzzles können in einer weiteren Arbeitsphase auch Verschnittgruppen gebildet werden, die ihre Ergebnisse zusammenführen. Das zusätzliche in der Online-Erweiterung angebotene Material kann ebenfalls einbezogen werden.



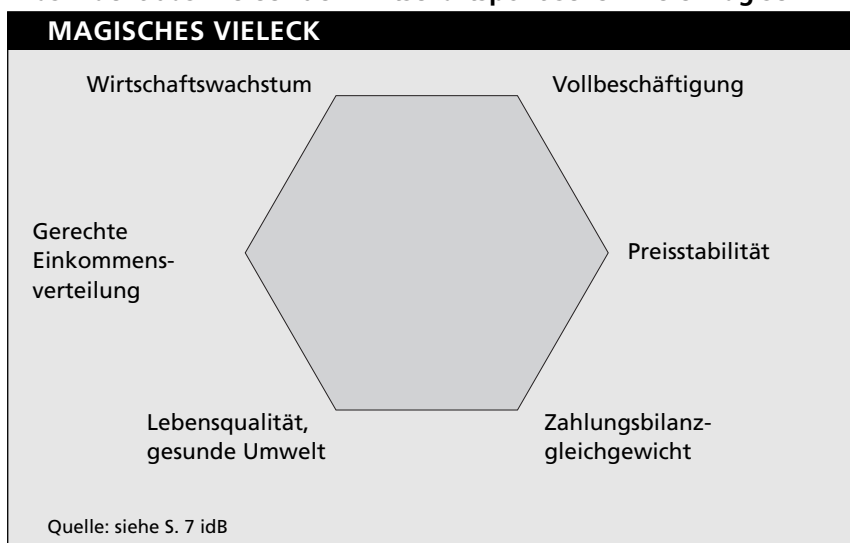
TRITTSTEIN 1 ZIELE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Was macht Wirtschaftspolitik?

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind Themen, bei denen viele Personen bei Befragungen angeben, dass sie sich nicht gut auskennen. Gleichzeitig nennen die Österreicherinnen und Österreicher, wenn sie nach ihren größten Sorgen gefragt werden, häufig wirtschaftliche Probleme: die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge um den Wert der Währung (→Inflation) usw. Wirtschaft begegnet uns im Alltag auf Schritt und Tritt, als Schülerin oder Schüler treffen Sie unzählige Konsumententscheidungen, Sie arbeiten unbezahlt oder bezahlt in Neben- und Ferialjobs, schreiten auf Ihrem Bildungsweg voran. Aber auch als Wählerinnen und Wähler beeinflussen wir die Wirtschaft über den Umweg der Wirtschaftspolitik.

Mit Wirtschaftspolitik wird versucht, geregelte Rahmenbedingungen für das Wirtschaften herzustellen (Bsp.: Wettbewerbspolitik soll Monopole verhindern). Politik versucht auch die Wirtschaftsentwicklung zu beeinflussen (Bsp.: über die Höhe von Steuern, Zinsen etc.). Welche wirtschaftspolitischen Ziele dabei mit welchen Maßnahmen als besonders erstrebenswert angesehen werden, hängt von den Interessen sowie vom jeweiligen (politischen) Standpunkt ab und ist politisch in Diskussion.

Was macht das Vieleck der wirtschaftspolitischen Ziele magisch?



Je nach AutorIn wird bei den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen von einem magischen Viereck, Fünfeck oder Vieleck gesprochen. Neben dem Wirtschaftswachstum, der Beschäftigung, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und der Geldwertstabilität werden vermehrt eine gerechte Einkommensverteilung sowie die Bewahrung der Lebensqualität und der gesunden Umwelt als zentrale wirtschaftspolitische Ziele angesehen.

Das magische Vieleck kann durchaus um weitere Eckpunkte ergänzt werden. So könnte etwa die Bildung (z.B. Recht auf Bildung in einer Demokratie) ein eigenständiges Ziel und nicht nur Mittel für Innovation und Wirtschaftsentwicklung sein. Als „magisch“ wird das Vieleck deshalb bezeichnet, da mehrere Ziele in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen oder einander gar ausschließen (z.B.: Inflation und Beschäftigung). Meist bestimmen die Interessen die wirtschaftspolitische Denkweise, zwei große Denkrichtungen haben sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt, der Keynesianismus und der Neoliberalismus. Durch das Wählen und die daraus entstehenden politischen Machtverhältnisse bestimmen wir die Gewichtung der wirtschaftspolitischen Ziele mit.

Welche Zielkonflikte können auftreten?

Jene Ziele, die im magischen Vieleck scheinbar gleich gewichtet und friedlich nebeneinander stehen, sind teilweise schwer vereinbar. So schließen sich eine niedrige → Inflation und eine gleichzeitig hohe Beschäftigung beinahe aus. Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit reduzieren, erhöhen gleichzeitig die Inflation und umgekehrt (vgl. Trittsteine 2 und 4). Auch das Wirtschaftswachstum (vgl. Trittstein 3) wird häufig gegen den Umweltschutz ausgespielt. Wirtschaftswachstum könne nur zu Lasten der Umwelt erwirtschaftet werden, Umweltschutz ginge auf Kosten des Wachstums (vgl. Trittstein 6).

Wer macht Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaft wird auf verschiedenen Maßstabsebenen beeinflusst (siehe Kasten S. 55 idB).

- ➔ Als WählerIn kann jeder einzelne Mensch Wirtschaft mitgestalten, ebenso durch bewusste Kauf- und Konsumententscheidungen.
- ➔ Auf der regionalen bis nationalen Ebene wird durch zahlreiche Entscheidungen von Unternehmen, BürgermeisterInnen, LandespolitikerInnen bis zum Parlament hinauf reale Wirtschaftspolitik gemacht.
- ➔ Bedeutende Player der österreichischen Wirtschaftspolitik sind auch die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Österreichischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer) sowie der ArbeitgeberInnen (Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer). Diese versuchen, den Interessenausgleich als sogenannte → Sozialpartner am Verhandlungstisch zu erreichen.
- ➔ Seit dem EU-Beitritt sind Teile der wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf eine andere Ebene gewandert, so werden etwa die Geldpolitik oder die Agrarpolitik europaweit geregelt.
- ➔ Darüber stehen noch internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die in die Weltwirtschaft eingreifen: Sie gestalten die Rahmenbedingungen des Freihandels, vergeben Kredite mit strengen Auflagen etc. Letztlich haben auch große multinationale Konzerne wie z.B. in der Automobilindustrie etc. die Macht, durch Firmenentscheidungen die Wirtschaft zu beeinflussen.

Welche Denkweisen dominieren die Wirtschaftspolitik?

In den letzten Jahrzehnten haben sich vor allem zwei wirtschaftspolitische Denkrichtungen durchgesetzt. Die nachfrageorientierte keynesianische Wirtschaftspolitik sieht den Markt selbst als Problem. Der Markt kann sich nicht selbst regulieren, zu wenig Nachfrage schafft Arbeitslosigkeit und reduziert das Wachstum. Staatliche Eingriffe sollen zur Rettung die Nachfrage ankurbeln und damit die als zentral angesehene Beschäftigung sichern. Dafür darf sich der Staat auch verschulden (*deficit spending*), eine gewisse → Inflation wird damit in Kauf genommen. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in Kombination mit einer gerechten Einkommensverteilung sind die zentralen Ziele dieser Denkweise.

Die Gegenposition der angebotsorientierten neoliberalen Sichtweise sieht die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft als eines der Hauptprobleme. Zu strenge Gesetze, zu hohe Löhne, zu hohe Steuern vermindern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Ein möglichst freies Wirtschaften, Lohn- und Steuersenkungen lösen aus neoliberaler Sicht das Problem, erzeugen Wirtschaftswachstum und sichern so indirekt die Beschäftigung. Geldwertstabilität ist zudem vor allem für die Finanzwirtschaft ein wichtiges Ziel.

B DAS BEISPIEL FINANZKRISE 2008–2010

Sichtweise A:

Kritische Stimmen sehen den Mangel an Kontrolle der Börsen und der Spekulationen als eine Ursache für den Crash des amerikanischen Immobilienmarktes und den dadurch ausgelösten Zusammenbruch von Versicherungen und Banken über die USA hinaus. Große Hilfspakete wurden sowohl von Einzelstaaten, aber auch von der EU geschnürt, um Banken in der Krise mit frischem Geld auszuheilen. Für die Zukunft wird eine verstärkte Kontrolle der Finanzmärkte gefordert. Zudem soll eine Spekulationssteuer (Tobin-Tax) oder Bankensteuer eingeführt werden, geringe Promillebeträge der Umsätze der Geldgeschäfte sollen die Kosten von ähnlichen Krisen finanzieren.

Sichtweise B:

Der Finanzmarkt reguliert sich mittelfristig von selbst. Krisen dienen in gewisser Weise dem freien Wettbewerb, konkurrenzfähige und innovative Unternehmen bzw. Ideen überleben und setzen sich durch. Staatliche Unterstützung für Banken und Versicherungen wird eingefordert, sofern dies nicht an Bedingungen oder Kontrolle gebunden ist. Strengere Kontrollmechanismen und staatliche Einflüsse auf den Bereich der Finanzwirtschaft werden abgelehnt. Eine Spekulations- oder Bankensteuer würde dazu führen, dass Geld und Geschäft an andere Börsenplätze und sogenannte Steueroasen (Staaten, die keine oder besonders niedrige Steuern auf Einkommen und Vermögen einheben) abfließt.

Arbeitsanregungen

- Überlegen Sie, welche Interessensgruppen von den einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen am meisten profitieren? Welche Ziele werden sie daher stärker unterstützen, welche weniger?
Tragen Sie die Ihrer Meinung nach passenden Wirtschaftsakteure in die Tabelle ein.
(Gewerkschaften, Wirtschaftskammer, NGO im Umweltschutzbereich (Bsp.: Greenpeace), NGO im Sozialbereich (Bsp.: Caritas), multinationale Konzerne, keynesianische Wirtschaftspolitikerin, neoliberaler Wirtschaftsforscher, Finanzwirtschaft etc.)

Wirtschaftspolitische Ziele	Starke Unterstützung	Skepsis oder Gegnerschaft
Wirtschaftswachstum		
Beschäftigung		
Inflation		
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht		
Gerechte Einkommensverteilung		
Umweltschutz		

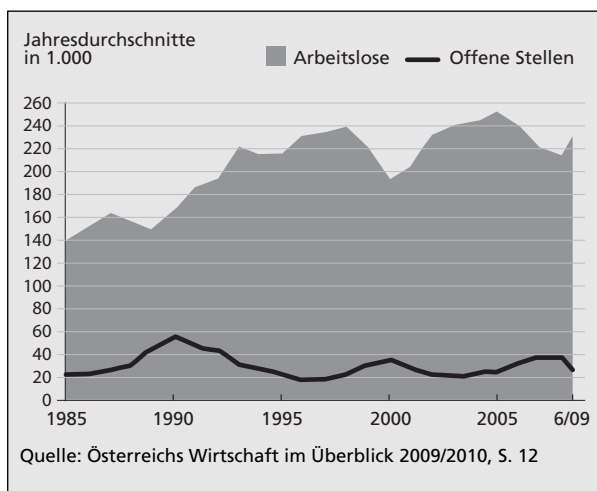
- Erklären Sie, welche Rolle Sie derzeit und zukünftig bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik spielen (können).
- Ordnen Sie die Sichtweisen A und B im Beispiel Finanzkrise 2008–2010 den beiden wirtschaftspolitischen Denkschulen zu und begründen Sie diese Zuordnung.



Bildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt

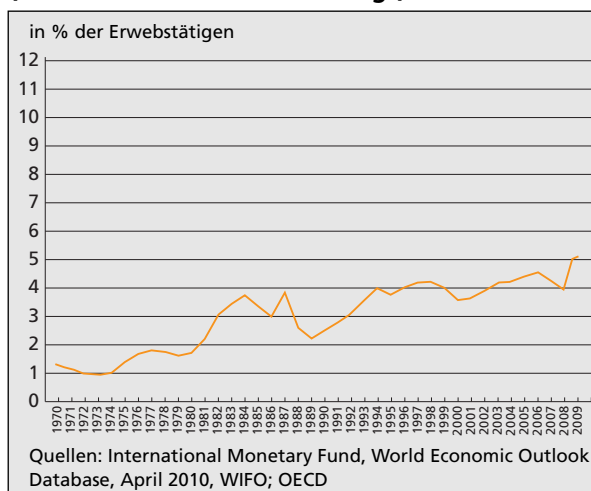
Alle Jugendstudien zeigen immer wieder ein Ergebnis: Keinen passenden Arbeitsplatz zu finden ist die größte Sorge der Jugendlichen. Die gute Nachricht ist aber, dass gute Ausbildung vor Arbeitslosigkeit schützt. Je höher der Bildungsabschluss, umso geringer ist das Risiko, in Österreich arbeitslos zu werden. Die Wirtschaftspolitik versucht, Anreize für Beschäftigung zu schaffen sowie die Nachfrage nach Arbeitskräften zu fördern. Zudem werden Arbeitslose versorgt und durch Umschulungen für nachgefragte Tätigkeiten qualifiziert.

Arbeitslose und offene Stellen in Österreich 1985–2009



Diese Grafik zeigt, dass es viel weniger offene Stellen gibt als Menschen, die arbeitslos sind.

Arbeitslosigkeit in Österreich 1970–2009 (Strukturbrüche nicht bereinigt)



In den 1970er-Jahren gab es in Österreich Vollbeschäftigung, die Zahl der Arbeitslosen stieg ab den 1980er-Jahren an.

Der Arbeitsmarkt: Angebot und Nachfrage klaffen auseinander

Landläufig ist oft die Meinung zu hören: Wer Arbeit will, kann welche finden. Der Blick auf die nackten Zahlen zeigt, dass seit den 1990er-Jahren durchschnittlich zwischen 200.000 und 250.000 Menschen in Österreich auf Arbeitssuche waren. Dem standen zwischen 20.000 und 40.000 offene Stellen gegenüber. In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit kann man die Wirtschaftsentwicklung (siehe: Konjunktur) ablesen. In den Jahren 1989, 2000 und 2008 war die Nachfrage nach Arbeitskräften relativ hoch: Niedrige Zahlen von arbeitslos Gemeldeten stehen in diesen Jahren einer relativ hohen Zahl freier Stellen gegenüber. Dennoch übertrifft auch in diesen Jahren die Zahl der Arbeitslosen jene der offenen Stellen.

Warum entsteht Arbeitslosigkeit?

Wir kennen vier Hauptursachen für das Entstehen von Arbeitslosigkeit:

- ➔ *Konjunkturelle Arbeitslosigkeit:* In der Wirtschaftskrise sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften, erst eine wachsende Wirtschaft (Konjunktur) lässt die Beschäftigung wieder wachsen (vgl. Trittstein 3).
- ➔ *Strukturelle Arbeitslosigkeit:* Der Wandel der Wirtschaft sowie der technische Fortschritt fordern neue Qualifikationen und Berufe. Manche Qualifikationen werden daher weniger nachgefragt.
- ➔ *Saisonale Arbeitslosigkeit:* Bestimmte Branchen wie der Tourismus sind saisonabhängig. Auch in der Baubranche werden viele im Winter „stempeln“ geschickt und im Frühjahr wieder eingestellt.
- ➔ *Friktionelle Arbeitslosigkeit:* Die Sucharbeitslosigkeit ist immer vorhanden, sie entsteht in der Übergangszeit zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen.

Für die einzelne Arbeitskraft bestimmt der Bildungsabschluss das Risiko der Arbeitslosigkeit mit: Fast die Hälfte der Arbeitslosen hat nur einen Pflichtschulabschluss, ein weiteres Drittel eine Lehre. Mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse reduzieren das Risiko deutlich. (Aus: Österreichs Wirtschaft im Überblick 2008/2009, S. 9)

Mythos: Wenn Unternehmen Gewinne machen, wächst die Beschäftigung?

Die Wirtschaftsnachrichten berichten immer häufiger, dass große Unternehmen Rekordgewinne verzeichnen und gleichzeitig als Maßnahme zur Steigerung der Produktivität weitere Angestellte entlassen. Alleine die Ankündigung der Schließung von Standorten, der Produktionsverlagerung in Billiglohnländer oder von Entlassungen kann den Börsenwert eines Konzerns in die Höhe schnellen lassen. Solange in der Finanzwirtschaft (u.a. durch Spekulation) größere Gewinne erzielbar sind als in der Realwirtschaft und arbeitsintensive Produktion in Billiglohnländer ausgelagert wird, bedeuten hohe Unternehmensgewinne nicht automatisch ein Mehr an Beschäftigung im Inland.

DIE MESSUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

ARBEITSWISSEN

Um den Beschäftigungsstand und die Arbeitslosigkeit international vergleichen zu können, wird die **Arbeitslosenquote** berechnet. Das österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) dividiert dabei die Arbeitslosen durch das Arbeitskräftepotenzial (Arbeitslose plus unselbstständig Beschäftigte). Kritisch ist anzumerken, dass Personen in Umschulungen, Präsenz- und Zivildienern, Personen in Karenz und kranke Arbeitslose nicht eingerechnet werden. Auch die Trends zur Frühpensionierung, mehr Teilzeitjobs und unsichere (prekäre) Arbeitsverhältnisse reduzieren die Arbeitslosenzahlen.

Die EU sieht Personen, die in der Befragungswoche mindestens eine Stunde gearbeitet haben, bereits als Beschäftigte, daher liegen die Ergebnisse der Arbeitslosenquoten nach der EU-Methode immer deutlich niedriger als jene des AMS. 2010 liegt die Arbeitslosenquote in Österreich laut AMS bei etwa 6,3 Prozent, die EU rechnet mit 4,9 Prozent. Damit liegt Österreich deutlich besser als der EU-Schnitt, der 9,7 Arbeitslosigkeit aufweist.

Quelle: AMS: Die Arbeitsmarktlage Ende Juni 2010, Monatsbericht, abrufbar unter http://www.ams.at/ueber_ams/14172.html (Zugriff 26.7.2010)

WIPO

Wie bekämpft WirtschaftSPOLITIK die Arbeitslosigkeit?

Je nach wirtschaftspolitischer Denkweise werden verschiedene Ursachen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht und entsprechend auch andere Maßnahmen zur Bekämpfung gefordert:

- ➔ Nach dem Ökonomen John Maynard Keynes sei das Problem die zu geringe Nachfrage nach produzierten Gütern (Konsum). Höhere Lohnabschlüsse, staatliche Investitionen etc. sollen die Nachfrage ankurbeln und damit die Beschäftigung erhöhen.
- ➔ Das neoliberale Gegenmodell hingegen meint, die Löhne seien zu hoch. Ein Senken der Löhne und Lohnnebenkosten würde Arbeitskräfte für Unternehmen attraktiv machen und Beschäftigung schaffen. Steuersenkungen, flexiblere Arbeitszeiten und flachere Einkommenskurven würden Wettbewerbsvorteile für österreichische Unternehmen bringen.
- ➔ Von Seiten der Gewerkschaften wird andererseits eine Arbeitszeitverkürzung (etwa die 35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich gefordert. Das würde die vorhandene Arbeit auf mehr Beschäftigte aufteilen.
- ➔ Durch das Wählen kann man bereits ab 16 mitentscheiden, welche Interessen gestärkt werden, damit kann man auch den wirtschaftspolitischen Kurs mitbestimmen.

Arbeitsanregungen

1. Nehmen Sie zu Ihren Jobchancen und zu Ihrem Risiko auf Arbeitslosigkeit Stellung, wenn Sie an Ihren Traumberuf und den eingeschlagenen Bildungsweg denken.
2. Was können Sie zu den beiden Berechnungsmethoden der Arbeitslosenquote jeweils kritisch anmerken? Welche Interessen können dahinterstecken, jeweils die österreichischen oder die EU-Zahlen zu verwenden?
3. Informieren Sie sich über die Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. über den Stand der Einführung der →bedarfsorientierten Mindestsicherung (www.help.gv.at).

4. Analysieren Sie die Folgewirkungen ausgewählter Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Überlegen Sie, welche Vor- und Nachteile die Maßnahmen bringen, wer jeweils die GewinnerInnen und die VerliererInnen sind.
 - Welche wirtschaftspolitische Denkweise steckt hinter jedem Vorschlag?
 - Ergänzen Sie weitere mögliche Maßnahmen und wägen Sie die Folgewirkungen ab.

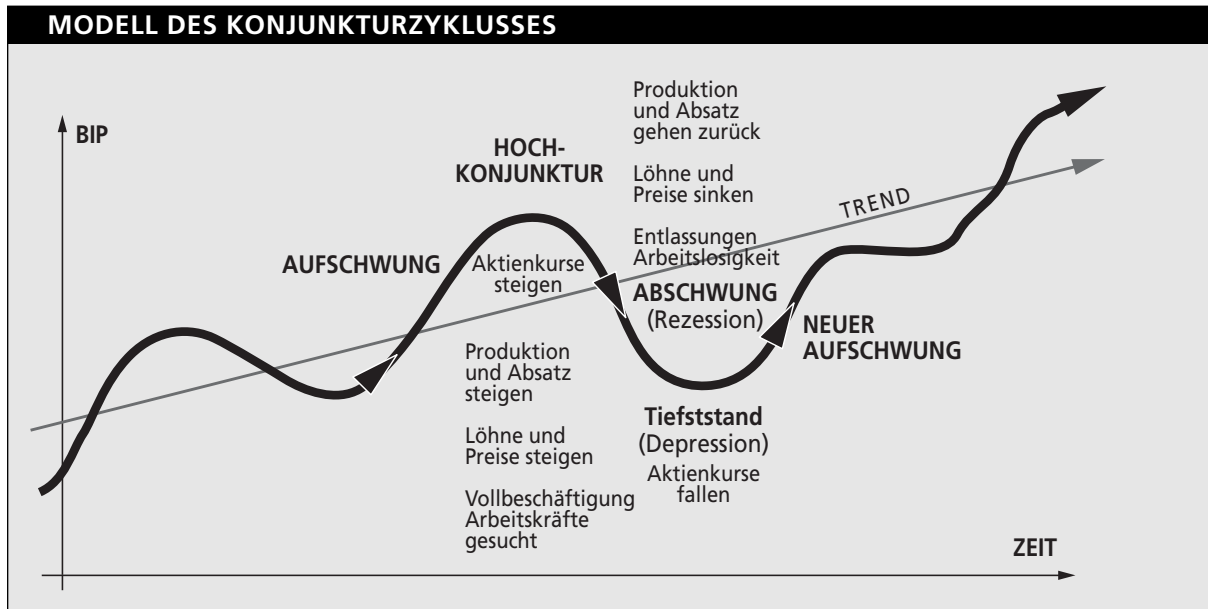
ARBEITSBLATT Beschäftigung und Arbeitslosigkeit				
	Vorteile	Nachteile	GewinnerInnen	VerliererInnen
Senkung des Arbeitslosengelds				
Senkung der Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich				
Höhere Steuern auf Energie, niedrigere Steuern auf Arbeit				
Lohnerhöhungen und staatliche Investitionen				
Löhne senken, flachere Einkommenskurven				
...				



TRITTSTEIN 3 WIRTSCHAFTSWACHSTUM – KONJUNKTUR

Ein ewiges Auf und Ab: Die Wirtschaft entwickelt sich in Wellen

Den Nachrichten kann man entnehmen, dass die Wirtschaft nicht gleichmäßig wächst, die Wirtschaftsentwicklung gleicht eher einer Wellenbewegung mit unterschiedlich hohen Ausschlägen. Die Politik versucht durch Eingriffe das Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung (= Konjunktur) so zu beeinflussen, dass ein möglichst gleichmäßiges Wirtschaftswachstum entsteht. Dies gelingt mit unterschiedlichem Erfolg



Der Konjunkturzyklus zeigt die Entwicklung der Wirtschaft: Er teilt sich in Phasen des Aufschwungs, in der die Wirtschaft wächst, bis hin zur Hochkonjunktur, das ist die Phase des größten Wirtschaftswachstums, und dann folgend die Phasen des Abschwungs bis hin zu dessen Tiefststand.

Der Konjunkturzyklus

In der Phase des Aufschwungs führt eine positive Grundstimmung zu vermehrten Investitionen und zu mehr Konsum. Die steigende Produktion bewirkt mehr Nachfrage nach Arbeitskräften, das Angebot an Arbeitskräften wird knapper und daher steigen auch die Löhne. Mit der Nachfrage steigen auch die Preise. In Wachstumsjahren entstehen häufig neue Branchen und Unternehmen. Der Zenit wird in der Phase der Hochkonjunktur erreicht, die Produktion ist voll ausgebaut, die Beschäftigung hoch. Der Markt beginnt sich nun zu sättigen, die Nachfrage sinkt, die positive Stimmung kippt. In der →Rezession sinkt die Produktion mit der Nachfrage, was eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Die Löhne geben nach, die Preise fallen und erreichen ihren gemeinsamen Tiefststand in der →Depression (Krise). Nach der Krise erholt sich die Wirtschaft in einem neuen Aufschwung. Der langjährige Trend des Wirtschaftswachstums ist in den westlichen Industrieländern trotz der Wellenbewegung stetig ansteigend.

Warum schwankt die Konjunktur?

Was die Konjunkturschwankungen verursacht, darüber gibt es verschiedene Erklärungsversuche. Äußere Einflüsse wie Missernten, Kriege, Terroranschläge und Naturkatastrophen wirken sich genauso aus wie die weltweite Entwicklung der Rohstoff- oder Energiepreise. Die aktuelle Finanzkrise hat das Wirtschaftswachstum weltweit gedämpft. Es spielt aber auch die Psychologie eine Rolle: Eine positive Grundstimmung veranlasst Menschen dazu, zu investieren und zu konsumieren, und umgekehrt. Die Höhe der Kreditzinsen, ob Geld billig oder teuer zu haben ist, beeinflusst die Konjunktur genauso wie das Konsumverhalten der Menschen. Weiters kann ein Durchbruch im technologischen Fortschritt (Bsp.: umweltfreundlicher Antrieb) neue Produkte und damit neue Unternehmen, Arbeitsplätze und somit Wirtschaftswachstum erzeugen.

B AM BEISPIEL VUVUZELA

Das fiktive Beispiel der Produktion von Vuvuzelas (südafrikanischen Blasinstrumenten) soll verdeutlichen, wie schwierig es ist, sich im Konjunkturverlauf richtig zu verhalten. Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika schafft eine hohe Nachfrage nach den lärmenden Tröten, dies verlockt Unternehmen, in die Produktion einzusteigen und zu investieren. Wenn viele UnternehmerInnen die gleiche Entscheidung treffen, kann in kürzester Zeit ein Überangebot erwachsen. Die Preise fallen dann in den Keller. Unternehmen schränken nun die Produktion ein, wenn das Produkt in diesem Ausmaß nicht mehr absetzbar ist. Dies führt zu einer Verknappung des Angebots und damit zu steigenden Preisen. Damit kann der nächste Zyklus (möglicherweise mit einem neuen Produkt) beginnen.

DAS BIP ALS KENNZAHL (INDIKATOR)**ARBEITSWISSEN**

Das →Bruttoinlandsprodukt (BIP) macht den Marktwert aller im Inland erzeugten Güter und Dienstleistungen aus, unabhängig davon, ob dies von InländerInnen oder AusländerInnen geleistet wurde. Im BIP nicht enthalten sind unbezahlt verrichtete Arbeiten sowie die sogenannte Schwarzarbeit (der „Pfus“).

WIPO Wie greift WirtschaftsPOLITIK ein?

Der Staat versucht den Konjunkturverlauf im Sinne einer keynesianischen Wirtschaftspolitik positiv zu beeinflussen. Nach dem Ökonomen John Maynard Keynes soll der Staat vor allem in der Krise aktiv werden: Steuersenkungen, die Senkung der Kreditzinsen (Politik des „billigen Geldes“) und staatliche Investitionen (große Infrastrukturprojekte wie Straßen-, Schienen-, Schulbau etc.) sollen die Wirtschaft ankurbeln. Dafür nimmt man ein Budgetdefizit (*deficit spending*) und eine höhere →Inflation in Kauf.

In der Hochkonjunktur sollte der Staat dann Ausgaben einsparen und durch höhere Zinsen und Steuern eine Überhitzung des Marktes verhindern. So soll möglichst lange die Konjunktur hinausgezögert werden, bis die Nachfrage einbricht und die Wirtschaft weniger wächst. Bei kritischer Betrachtung führen die zeitlichen Verzögerungen bei politischen Entscheidungen oft zu gegenteiligen Wirkungen. Außerdem bleibt der Zielkonflikt zwischen Inflation und Beschäftigung bestehen: Eine hohe Inflationsrate bedeutet eine geringere Arbeitslosigkeit und umgekehrt.

Arbeitsanregungen

1. Erklären Sie, was man unter dem Begriff Konjunktur versteht.
2. Formulieren Sie einen kurzen Text zu folgender Frage: Worin bestehen die Probleme, wenn man versucht, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Konjunktur zu beeinflussen? (Stichworte: Zeitverzögerung, Zielkonflikte, äußere Einflüsse etc.)
3. Welche Wirkungen und Nebenwirkungen haben die verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklusses? Ordnen Sie die im folgenden Arbeitsblatt angeführten Begriffe in der Tabelle richtig zu (Arbeitsblatt verändert nach: Dobler, Karin/Fassmann, Heinz/Pichler, Herbert (Hrsg.): Kompass 5/6. Geographie und Wirtschaftskunde für die 9. und 10. Schulstufe. Wien 2008, S.130)
4. Spezialfrage: Argumentieren Sie aus keynesianischer sowie aus neoliberaler Sicht, wie sich der Staat in der Wirtschaftskrise verhalten sollte. Verwenden Sie dazu das Beispiel „Finanzkrise 2008–2010“ auf S. 61 idB und den Kasten „Neoliberales versus keynesianisches Wirtschaftsmodell“ auf S. 12 idB.

ARBEITSBLATT Der Konjunkturzyklus

Wie wirkt sich der Konjunkturzyklus aus? Ordnen Sie die folgenden Begriffe den jeweiligen Kästchen zu.

1. Zeile: *Depression / Expansion / Rezession*

Stimmung: *gedrückt / Stimmung kippt – Pessimismus beginnt / Optimismus – Kauf und Investitionsfreude / Mutlosigkeit und Zurückhaltung*

Produktion: *wird zurückgeschraubt / Produktionsausbau – Produktionsengpässe wegen Nachfrage / erreicht Höhepunkt – Markt wird gesättigt / Tiefststand – Abbau von Standorten und Schließen von Betrieben*

Arbeitsmarkt: *hohes Beschäftigungsniveau – sinkende Arbeitslosigkeit / Nachfrage nach Arbeitskräften steigt / Massenarbeitslosigkeit / Arbeitskräfte werden entlassen*

Einkommen: *Einkommen gehen zurück / Einkommen steigen noch leicht / Einkommen wegen hoher Arbeitslosigkeit niedrig / Löhne steigen mit Mehrbeschäftigung*

Preise und Konsum: *Preise niedrig, aber sinkende Einkommen dämpfen Konsumnachfrage / Preise und Konsum sinken / Preisanstieg kommt infolge von Überproduktion zum Stillstand / Konsum nimmt zu – Preise steigen*

	Aufschwung	Hochkonjunktur	Abschwung	Krise
Stimmung				
Produktion				
Arbeitsmarkt				
Einkommen				
Preise und Konsum				


TRITTSTEIN 4 GELDWERTSTABILITÄT UND INFLATION
Wie viel kriegen wir für unser Geld?

Sind 100 Euro wirklich 100 Euro wert? Dies kann man erst überprüfen, wenn man sein Geld gegen bestimmte Waren eintauschen möchte. Wenn Geld im Zeitverlauf an Kaufkraft verliert, dann bezeichnet man dies als → Inflation (Teuerung, Preisniveauanstieg). Liegt die Inflation über den Sparbuchzinsen, lohnt es sich nicht, Geld auf diesem Sparbuch liegen zu lassen. Ernüchternd ist es auch, wenn die Inflation Lohnerhöhungen auffrisst. Wirtschaftspolitik versucht nun, die Inflation in Grenzen zu halten und einen stabilen Geldwert zu bekommen.

VERBRAUCHERPREISINDEX IN ÖSTERREICH

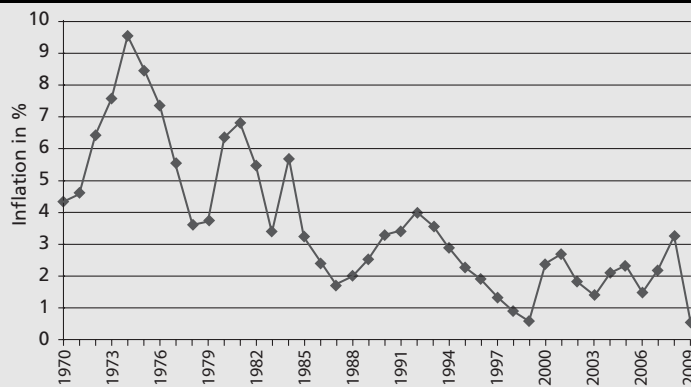
Durchschnitt 2005 = 100

	2006	2007	2008	6/2009
Gesamtindex	101,5	103,7	107,0	107,7
Nachrichtenübermittlung	94,0	90,9	87,0	86,1
Erziehung und Unterricht	107,5	109,5	110,8	98,0
Freizeit und Kultur	97,8	97,8	98,7	99,3
Verkehr	102,7	103,1	108,6	104,8
Bekleidung und Schuhe	99,7	101,8	103,4	105,8
Gesundheitspflege	100,8	102,6	104,6	107,1
Alkoholische Getränke u. Tabak	100,3	102,5	107,6	109,0
Versch. Waren und Dienstleistungen	101,5	104,0	107,1	110,7
Nahrungsmittel und alk.freie Getränke	101,9	106,1	112,8	112,4
Wohnung, Wasser, Energie	104,3	109,1	112,1	114,3

Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.): Österreichs Wirtschaft im Überblick 2009/2010, S. 22



Der Verbraucherpreisindex zeigt die allgemeine Preisentwicklung an: Ausgehend vom Wert im Jahr 2005, sind beispielsweise die Preise für Nachrichtenübermittlung (Telefon, Handy etc.) gefallen, jene für Wohnung, Wasser und Energie gestiegen.

INFLATIONSRATE ÖSTERREICH 1970–2009


Quelle: OECD

Die Messung der Inflation

Die Veränderung des Geldwertes und der Preise erhebt die Statistik Austria monatlich mit einem Warenkorb. In diesem Warenkorb befinden sich 770 ausgewählte Güter und Dienstleistungen, die durchschnittliche Haushalte konsumieren. Der Verbraucherpreisindex (VPI) gibt nun an, um wie viel Prozent sich die Preise des Warenkorbs im Vergleich zum Vormonat verändert haben. Der Anstieg des VPI ist die Inflationsrate. In Österreich lag sie in den letzten Jahren meist zwischen 1 und 3 Prozent.

Im Vergleich zum Beginn der 1970er-Jahre ist die Inflationsrate in Österreich kontinuierlich gesunken.

Die Veränderung der Verbraucherpreise

Subjektiv haben die meisten Menschen das Gefühl: Das Leben wird immer teurer. Man spricht auch von „gefühlter Inflation“. Ein Blick auf die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigt ein differenziertes Bild. So sind etwa die Kosten für Internet und Telefon in den letzten fünf Jahren um 14 Prozent gefallen. Die Preise für Freizeitaktivitäten sind durchschnittlich gleich geblieben. Empfindlich teurer geworden sind die Preise für Getränke und Nahrungsmittel, Wohnungen, Wasser- und Stromrechnungen: um durchschnittlich gar 14 Prozent. Auch im Verlauf der Inflationsrate ist die globale Finanzkrise 2008 deutlich abzulesen. Die einbrechende Nachfrage hat die Preise gedrückt und in Österreich 2009 kurzzeitig sogar zu einer → Deflation (vgl. Kasten „Ist Deflation besser als Inflation?“ auf S. 69) geführt.

Wie entsteht eine Inflation?

Warum Geld in einem bestimmten Zeitraum an Kaufkraft verliert, darüber gibt es verschiedene Erklärungen. Wenn etwa die Geldmenge in einer Volkswirtschaft schneller steigt als die → Gütermenge, dann gibt es verhältnismäßig zu viel Geld auf dem Markt und es verliert an Wert. Dies passiert, wenn eine Notenbank Geld druckt, etwa um Staatsschulden zu begleichen. → Inflation kann auch importiert werden, etwa durch steigende Preise bei Öl und Gas. Dies verteuert die Produktion und treibt damit die Preise in die Höhe. Aber die Inflation kann sich auch selbst fortpflanzen: Wenn die Kaufkraft sinkt, liegt die Forderung nach höheren Löhnen nahe. Höhere Lohnkosten verteuern aber die Produktion, was die Preise steigen lässt, und eine neue Schleife der Lohn-Preis-Spirale kann beginnen.

IST DEFLATION BESSER ALS INFLATION?

ARBEITSWISSEN

Die Inflation knabbert den Wert des Geldes an, das Geld verliert dabei an Wert. Demnach müsste das Gegenteil – eine Deflation – doch gut sein, könnte man denken. Deflation bedeutet, dass die Preise sinken und das Geld dabei kurzfristig an Wert gewinnt. Wenn die Preise sinken, ist dies nur für kurze Zeit von Vorteil. Unternehmen nehmen dadurch weniger ein, dies kann zu Lohnsenkungen und Entlassungen führen. Dadurch geht die Nachfrage zurück, was die Preise weiter drückt. Somit gibt es trotz niedriger Preise kaum GewinnerInnen am Ende der Deflationsspirale.

WIPO Wie bekämpft WirtschaftSPOLITIK die Inflation?

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union, genauer mit der Einführung der Währungsunion (gemeinsame Währung Euro), wird die Geldpolitik nicht mehr von jedem Land einzeln gemacht. Die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt wacht über die Geldmenge, die in Umlauf ist. Durch das Erhöhen oder Senken der Leitzinsen sowie durch andere Maßnahmen kann die Zentralbank die Geldmenge steuern mit dem Ziel, weder eine hohe → Inflation noch eine → Deflation zu haben.

Der Vorteil der Währungsunion ist, dass kleine Währungen und Volkswirtschaften nun nicht mehr großen Schwankungen ausgesetzt sind und die Inflation gering gehalten werden kann. Die gesamte Währungsunion kann in Krisenzeiten helfend einspringen, wie dies etwa bei der Bankenkrise seit 2008 und beim aktuell überschuldeten Griechenland der Fall ist. Dies bedeutet zugleich, dass sich Krisen in anderen Ländern auf alle Euroländer mit auswirken.

Preisstabilität versus Beschäftigung

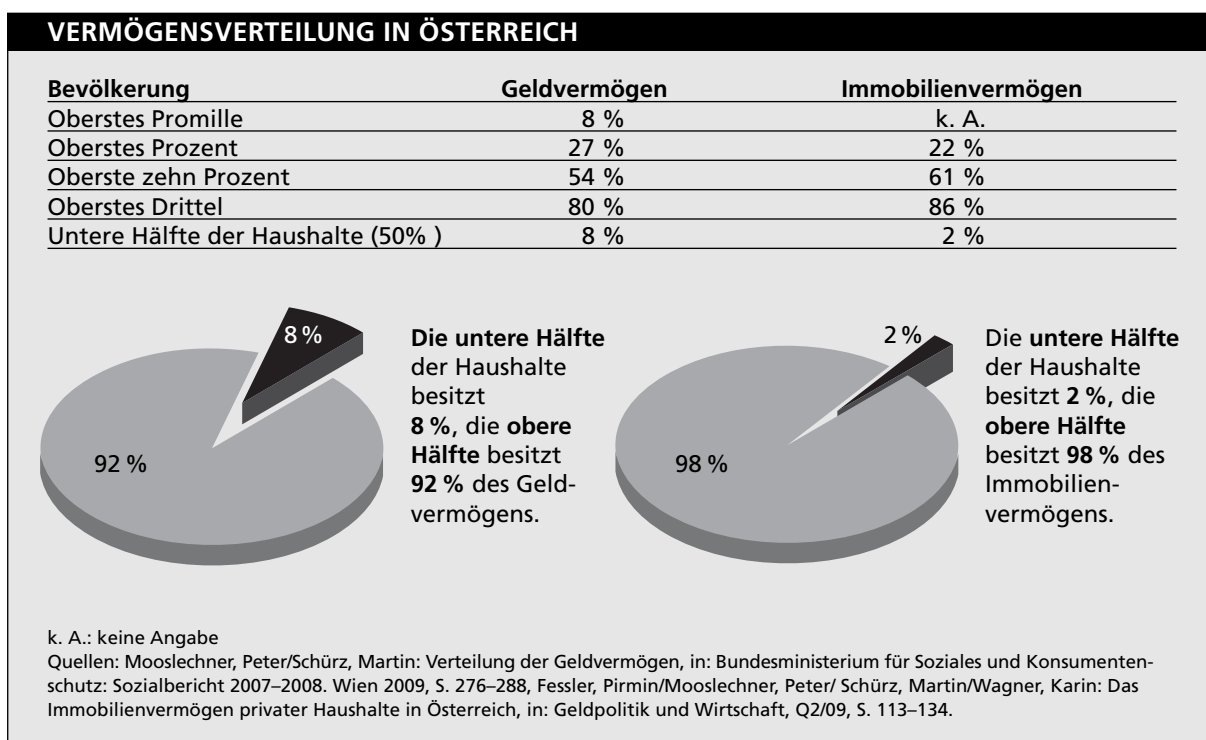
Die EZB hält sich an die Richtlinie, die Inflation nicht über 2 Prozent steigen zu lassen. Dies geschieht mit der Begründung, die Beschäftigung zu sichern. Wenn nun in Zeiten der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit steigt, wird auch der Ruf nach Beschäftigungsprogrammen (höhere Staatsausgaben) und nach „billigerem Geld“ (niedrigere Zinsen auf Kredite) laut. Dadurch würde sich die in Umlauf befindliche Geldmenge erhöhen, das Wirtschaftswachstum könnte steigen. Automatisch wird dadurch allerdings auch die Inflation verstärkt. Die wirtschaftspolitischen Ziele der Beschäftigung und der Geldwertstabilität stehen somit in einer gewissen Konkurrenz zueinander.

Arbeitsanregungen

1. Erklären Sie: Warum sind weder eine zu hohe → Inflation noch eine → Deflation für eine Volkswirtschaft gut? Warum versucht die EZB, die Inflation niedrig zu halten?
2. Wie kann man messen, ob und in welchem Ausmaß Geld an Kaufkraft verliert?
3. Diskutieren Sie: Wie entsteht Inflation und welche Möglichkeiten haben Notenbanken, darauf zu reagieren? Welche Vorteile und Nachteile entstehen daraus, dass die Geldpolitik in der Währungsunion von der Europäischen Zentralbank betrieben wird?
4. Spezialfrage: Welcher wirtschaftspolitischen Denkschule folgt die EZB, wenn sie stabile Preise über kurzfristige Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme stellt? Welche Folgen kann diese Politik der stabilen Preise in der Krise haben?


TRITTSTEIN 5 EINKOMMENSVERTEILUNG
Was ist eine gerechte Verteilung der Einkommen?

Wie groß wird einmal Ihr Stück vom Kuchen des Volkseinkommens sein? Die Frage nach einer gerechten Verteilung der Einkommen polarisiert die Gesellschaft. Was ist nun eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen? Ist es angemessen, dass SpitzensportlerInnen Millionen verdienen? Bildet sich die Leistung von ManagerInnen im hundert- bis tausendfachen Jahresgehalt von ArbeitnehmerInnen oder Angestellten des gleichen Unternehmens angemessen ab? Damit sind auch die Frage der Umverteilung sowie der Höhe der Besteuerung von Einkommen und Vermögen verknüpft.

Ungleiche Vermögensverteilung in Österreich – Wer bekommt wie viel vom Kuchen?


Vermögen ist in Österreich ungleich verteilt: An Geldvermögen, also Bargeld, Geldanlagen bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen sowie Aktien und anderen Wertpapieren, besitzt das oberste Tausendstel (Promille) aller Haushalte, das sind 3.500, etwa gleich viel wie die untere Hälfte, also 50 Prozent, aller Haushalte, das sind 1,75 Millionen. Die Immobilienvermögen (Wohnimmobilien inklusive Grundstückswert) sind fast doppelt so hoch wie die Geldvermögen.

Die Verteilung der Einkommen und Vermögen

Es ist leicht verständlich, dass das wirtschaftspolitische Ziel der gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen gesellschaftlich umstritten ist. Die Interessen der Wohlhabenden und besser Verdienenden stehen etwa denen von sozial Schwächeren gegenüber. Das einkommensstärkste Fünftel der ÖsterreicherInnen konnte 2006 fast die Hälfte der gesamten Bruttobezüge (46,7 Prozent) beziehen. Die gleich große Gruppe des einkommensschwächsten Fünftels konnte nur 2,2 Prozent verbuchen (Quelle: http://www.bka.gv.at/site/infodate__02.02.2009/6630/default.aspx?id33632, 4.8.2010). Noch ungleicher fällt die Verteilung der Vermögen in Österreich im Jahr 2009 aus. An Geldvermögen besitzt die obere Hälfte der österreichischen Haushalte 92 Prozent, die untere Hälfte hingegen nur 8 Prozent. Im Vergleich dazu liegt in Österreich fast doppelt so viel Vermögen in Form von Immobilien vor: Hier besitzen die reichsten 50 Prozent fast das gesamte Immobilienvermögen, nämlich 98 Prozent. Auffallend dabei ist auch, dass die Zahlen der Frauen bei Einkommen und Vermögen deutlich unter jenen der Männer liegen.

Wie kommt es zur ungleichen Verteilung der Einkommen?

Nicht nur die in kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen und mit den ArbeitgeberInnen ausverhandelten Gehälter bestimmen das Bild der Verteilung der Löhne und Gehälter. So werden etwa beträchtliche Vermögenswerte an nachfolgende Generationen weitervererbt (die diese Vermögen nicht selbst erwirtschaftet haben), verschaffen diesen Personen erhebliche wirtschaftliche Startvorteile und verhindern damit auch Chancengleichheit in der Gesellschaft, da die Vermögen noch schneller anwachsen als die Einkommen und in Österreich teilweise steuerfrei sind. Darüber hinaus lässt sich in der Verteilung der Einkommen auch die Entwicklung des Arbeitsmarkts ablesen: Der Anstieg der Teilzeitarbeit, die Zunahme geringfügig Beschäftigter und der Anstieg der Arbeitslosigkeit drücken die niedrigen Einkommen. Dies erklärt auch zugleich einen Teil der geringeren Frauenlöhne. Rechnet man die unterschiedlichen Arbeitszeiten der Frauen (mehr Teilzeitarbeit) und Männer heraus, bleibt eine Benachteiligung der Fraueneinkommen (14 Prozent weniger Einkommen; Quelle: Guger, Alois/Marterbauer, Markus: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update der WIFO Working Papers 307/2007). Die vom Staat betriebene Umverteilung durch Steuern (Steuerhöhe) und Transferleistungen (Kinderbeihilfe, Wohnbeihilfe etc.) wirkt dem Auseinanderklaffen von Arm und Reich ein wenig entgegen.

Leistung oder Bedarf?

Wer von gerechter Verteilung der Einkommen und Vermögen spricht, kann zweierlei Vorstellungen von Gerechtigkeit haben: *Leistungsgerechtigkeit* meint, dass das Einkommen sich vor allem an der Menge und Qualität der erbrachten Leistung orientieren soll. Der Markt verteilt die Einkommen, sozial Schwächere, Ältere und Kranke etwa zählen zu den VerliererInnen dieser Denkweise. Genau an diesem Punkt setzt die Argumentation für die *Bedarfsgerechtigkeit* an: Bedürftige brauchen Unterstützung, daher muss der Staat eingreifen und umverteilen. Sozialleistungen sollen nach Bedarf das Lohneinkommen (oder die Arbeitslosenunterstützung) ergänzen.

WIPO Wie reagiert WirtschaftsPOLITIK auf ungleiche Verteilung?

Das jeweilige politische Kräfteverhältnis, die Wahlergebnisse, bestimmen die Verteilungsdebatte in Österreich mit. Mit der Begründung, das Abfließen von großen Vermögen ins Ausland verhindern zu wollen, wurde in Österreich die Vermögensbesteuerung abgeschafft. Dies nutzte vor allem einer bestimmten Klientel. Kritische Stimmen aus dem keynesianischen Lager meinen, dass man versuchen sollte, die Kluft zwischen schwächeren und wohlhabenderen Gruppen nicht allzu weit auseinanderklaffen zu lassen. Dies sichert den sozialen Frieden einer Gesellschaft und unterstützt die Wirtschaftsentwicklung. Instrumente dieser Umverteilung von unten nach oben sind das Einheben von Steuern, Gebühren und Sozialabgaben, die dann beispielsweise als Sozialleistungen wieder an Bedürftige ausgezahlt werden. Kritische Stimmen beobachten in Österreich trotz aller Umverteilung unter dem Strich eine anwachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen. Auch das Verhältnis zwischen den Löhnen der unselbstständig Beschäftigten (→Lohnquote) und den Gewinneinkommen (Gewinnquote, besteht aus Einkommen aus Besitz, Vermögen und Unternehmensgewinnen) verschiebt sich stetig zugunsten der Gewinneinkommen.

Arbeitsanregungen

1. Diskutieren Sie in einer Rollendiskussion die Streitfrage: Welches Einkommen ist gerecht? Wodurch soll bestimmt werden, welches Einkommen angemessen ist? Soll sich das Einkommen an der Leistung und/oder am Bedarf orientieren?
2. Wie entwickeln sich in Österreich die Einkommen und Vermögen? Welche Ursachen können für diese Entwicklung genannt werden?
3. Informieren Sie sich über das Thema Armut in Österreich (z.B.: Statistik Austria, Caritas, Armutskonferenz etc.) und bereiten Sie eine Präsentation vor (siehe Text „ARMut in ÖsterREICH“ in der Onlineversion).
4. Spezialfrage: Welche Zusammenhänge lassen sich zwischen den beiden wirtschaftspolitischen Denkrichtungen und den beiden Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit sowie der Bedarfsgerechtigkeit herstellen?



Umweltschutz kann Arbeit schaffen

Vielfach wurde das Ziel des Umweltschutzes als der Wirtschaftsentwicklung abträglich eingeschätzt. Umweltauflagen würden die Produktion verteuern, die Wettbewerbsfähigkeit verringern und damit Arbeitsplätze vernichten. Viele haben jedoch längst erkannt, dass die Ressourcen endlich sind und die Belastbarkeit der Ökosysteme begrenzt ist. Das Missachten der Begrenztheit der Ressourcen und der Umweltbelastung kann der Wirtschaft den Boden unter den Füßen wegziehen und sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung wie auf die Lebensqualität auswirken. Ein Kurswechsel in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens schafft umgekehrt neue Berufsbilder und Arbeitsplätze. Und wer in umweltfreundliche Technologien investiert, der könnte im weltweiten Wettbewerb zukünftig die Nase vorne haben!

PRINZIPIEN ZUR FINANZIERUNG DES UMWELTSCHUTZES

VERURSACHERPRINZIP	NUTZNIESSERPRINZIP	GEMEINLASTPRINZIP
VerursacherInnen von Umweltschäden tragen deren Kosten	Belohnung umweltbewussten Verhaltens, Bestrafung umweltbelastenden Verhaltens	Umweltkosten werden von der öffentlichen Hand getragen

Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, pdf-Serie Wirtschaft und Wirtschaften – EINBLICKE, herunterladbar unter http://www.wirtschaftsmuseum.at/wmdown_einblicke_06.htm (letzter Zugriff 19.7.2010)

Die Grafik zeigt, auf welche verschiedene Arten man den Umweltschutz finanzieren kann: Beim ersten Modell tragen die VerursacherInnen von Umweltschäden die Kosten. Beim zweiten Modell werden jene, die mit ihrem Verhalten die Umwelt schonen, belohnt, und jene, die die Umwelt schädigen, bestraft. Beim dritten Modell werden alle Umweltkosten vom Staat übernommen.

Wer soll den Umweltschutz bezahlen?

Das lange Zeit praktizierte Prinzip des Abwälzens von Umweltkosten auf direkt oder indirekt Geschädigte oder die Allgemeinheit ist nur betriebswirtschaftlich gedacht, aber volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial bedenklich und schädlich. Zur Eindämmung der Umweltbelastung sowie zur Deckung der Kosten des Umweltschutzes werden verschiedene Prinzipien vorgeschlagen und angewandt.

- ➔ Das Verursacherprinzip stellt die direkten und indirekten Folgekosten durch Ressourcenverbrauch, Produktion und Transport den VerursacherInnen in Rechnung. Konsequenterweise würde dies höhere Preise für umweltschädigende Produkte bedeuten. Dies würde umweltfreundliche Produkte im Vergleich billiger machen.
- ➔ Das Nutznießerprinzip belohnt zusätzlich umweltbewusstes Verhalten (etwa durch eine staatliche Förderung beim Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten) und bestraft umgekehrt umweltbelastendes Verhalten (höhere Energiepreise statt Rabatte für Großabnehmer).
- ➔ Wenn der Staat die Kosten für eine Verbesserung der Lebensqualität aus Steuergeldern übernimmt, dann spricht man von Gemeinlastprinzip.

Warum sind Umweltschutz und Lebensqualität wirtschaftspolitische Ziele?

Die steigenden Preise der knappen Ressourcen legen einen schonenden Umgang mit Ressourcen auch aus wirtschaftlichen Gründen nahe. Die sogenannte Energiewende (mehr Energieeffizienz, weniger Energieverbrauch, Ausstieg aus fossilen Energieträgern, Einsatz umweltfreundlicher Technologien, Vermeidung von schädlichen Emissionen) rechnet sich langfristig und ist auch umwelt- und sozial verträglicher. Denn die Umweltkosten schlugen sich bislang als Belastungen und Kosten für die Allgemeinheit (z.B.: als Gesundheitsbelastungen und Kosten im Gesundheitssystem) nieder. Investitionen in die Forschung und Entwicklung dieser neuen Technologien schaffen → Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Eine gute Lebensqualität ist zudem ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor, der bei der Suche von Unternehmen nach neuen Standorten durchaus eine Rolle spielen kann.

B UMWELT(SCHUTZ) KENNT KEINE GRENZEN

Verantwortungsbewusster Umgang mit Umwelt und Lebensqualität darf nicht an nationalen Grenzen enden, die großen ökologischen Herausforderungen sind vor allem in transnationalen und globalen Kooperationen zu bewältigen. Dies braucht auch fairere Wettbewerbsbedingungen im Weltmarkt und das Achten auf globale Standards, denn ansonsten erkaufen wir uns eine bessere Umwelt- und Lebensqualität auf Kosten ärmerer Länder. Die Bilder von Kindern, die auf Müllhalden im giftigen, illegal nach Afrika exportierten europäischen Elektronikschrott wühlen, sowie die unmenschlichen Produktionsbedingungen in der Textilindustrie in Billiglohnländern durch Preisdumping sind zwei von zahllosen Beispielen, wie derzeit Umweltbelastungen „exportiert“ werden und die Lebensqualität durch ungleiche Machtpositionen im globalen Handel verschlechtert wird.

WIPO Wie kann WirtschaftsPOLITIK den Umweltschutz vorantreiben?

Wirtschaftspolitik kann Rahmenbedingungen schaffen, die Umweltschutz zu einem integralen Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung machen.

- ➔ Auf globaler Ebene: Im globalen Maßstab können hier etwa die Versuche genannt werden, mit Emissionshandel die Ziele des Klimaschutzes in der Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen.
- ➔ Auf EU-Ebene stehen die Interessen einer industriellen Landwirtschaft den vorhandenen Bemühungen um eine biologische Produktion entgegen. Der freie Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarkts als wirtschaftspolitisches Credo verhindert bisweilen ökologisch sinnvolles Lenken in wichtigen Politikfeldern. Die ökologisch sinnvolle Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs (Bsp.: Verlagerung des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene) musste etwa zugunsten der Freiheit der Wahl der Verkehrsmittel abgeschwächt werden.
- ➔ Nationale Wirtschaftspolitik kann aber auch in Programmen zur Ankurbelung der Konjunktur den Umweltschutz unterstützen. Die Förderung von Maßnahmen zur Wärmedämmung von Gebäuden beispielsweise senkt den Energieverbrauch und unterstützt die regionale Wirtschaft. Die „Schrottprämie“ beim Eintausch des Kfz mit einem Neuwagen wurde als Umweltschutzmaßnahme verkauft. Da diese aber unabhängig von Motorleistung und Kraftstoffverbrauch gewährt wurde, diente dies eher zur Ankurbelung im Automobilhandel als zur Reduktion der Schadstoffbelastung.

Arbeitsanregungen

1. Ordnen Sie folgende Maßnahmen den drei Prinzipien der Finanzierung des Umweltschutzes zu: *Globaler Emissionshandel, motorbezogene Kfz-Steuer (Höhe nach Leistung und Verbrauch des Fahrzeugs), Förderungen für Landschaftspflege an landwirtschaftliche Betriebe, Förderungen für biologische Landwirtschaft durch EU, Verschrottungsprämie, Förderung der Wärmedämmung durch Staat.* Finden Sie weitere Beispiele.

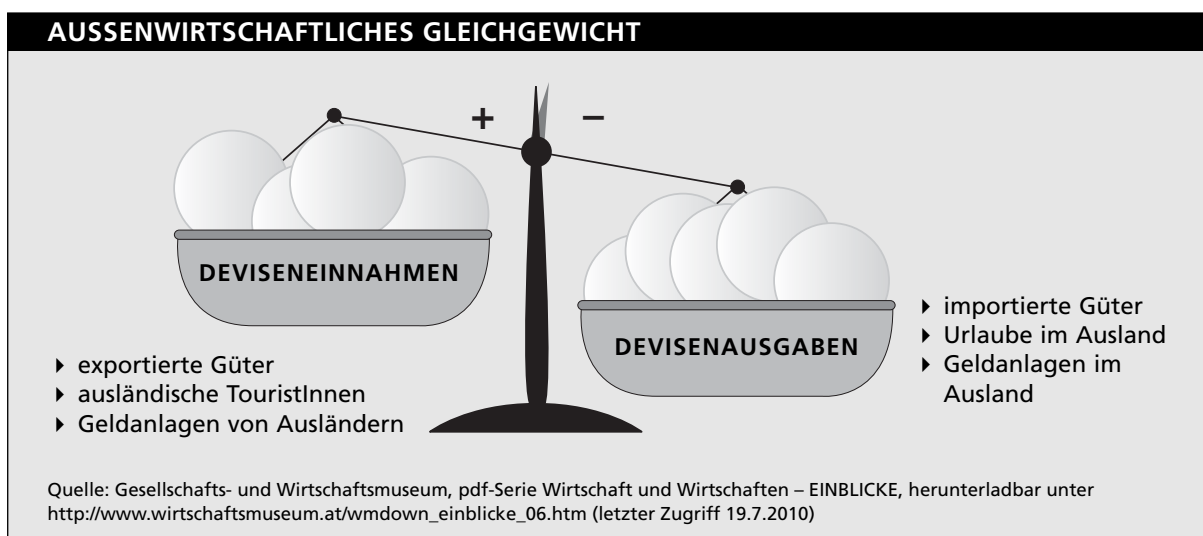
Verursacherprinzip	Nutznießprinzip	Gemeinlastprinzip

2. Wirtschaftspolitik und Umweltschutz konkret: Unter welchen Bedingungen wäre eine Verschrottungsprämie beim Kauf eines Neuwagens auch ein Beitrag zur Steigerung der Umweltqualität?
3. Argumentieren Sie, wie Interessenkonflikte zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Umweltschutz entstehen können. Umgekehrt: Wie kann ein Mangel an Umweltschutz das Wirtschaftswachstum und damit auch die Beschäftigung gefährden?
4. Umweltschutz ist in der keynesianischen wie in der neoliberalen Denkschule kein zentrales Thema. Formulieren Sie Forderungen und Positionen einer dritten wirtschaftspolitischen Denkschule, die Umweltschutz als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel ansieht.



Gleichgewicht statt schiefer Ebene

Österreich ist keine Insel. Auch aus Sicht der Ökonomie ist Österreich ein Binnenland, umgeben von Handelspartnern. Der Austausch von Waren, aber auch von Finanztransaktionen trägt zum Wohlstand Österreichs bei. Auch als TouristInnen im Ausland exportieren wir Wirtschaftskraft in unsere Urlaubsländer, umgekehrt können wir Ausgaben von BesucherInnen aus dem Ausland bei uns verbuchen. Es gilt als erstrebenswert, wenn sich die Einnahmen aus dem Außenhandel mit den Ausgaben etwa die Waage halten.



Eine Methode, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu messen, ist, die Zahlungseingänge und die Zahlungsausgänge gegenüberzustellen. In der sogenannten →Leistungsbilanz werden jene Felder der wirtschaftlichen Aktivitäten aufgelistet, die zu grenzüberschreitenden Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen führen. Vereinfacht dargestellt werden hier die Zahlungseingänge aus Exporten an Gütern und Dienstleistungen, von ausländischen Reisenden in Österreich sowie von Geldanlagen von AusländerInnen in Österreich im Vergleich zu den Zahlungsausgängen berechnet. Zahlungsausgänge entstehen durch Importe, durch Tourismusausgaben im Ausland sowie durch Investitionen im Ausland.

Der Außenhandel: Vom Defizit zum Überschuss

Traditionell wies die österreichische Wirtschaft ein leichtes Minus in der Außenwirtschaft aus. Das bedeutet, dass mehr Zahlungen von Österreich ins Ausland abgeflossen sind, als Zahlungen nach Österreich eingegangen sind. Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union konnten die Vorteile des Europäischen Wirtschaftsraums genutzt werden. Vor allem der EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer hat den Handelsverflechtungen noch einmal Impulse gegeben, seit 2004 weist die →Leistungsbilanz Österreichs einen anwachsenden Überschuss aus. Dazu trägt unter anderem auch der Tourismus bei: 2008 wurde beispielsweise im Tourismus in Österreich mit fast 15 Milliarden Euro beinahe doppelt so viel eingenommen, als österreichische Reisende im Ausland ausgegeben haben.

Warum wird ein Gleichgewicht im Außenhandel angestrebt?

Auf den ersten Blick scheint es doch verlockend zu sein, ein deutliches Plus im Außenhandel zu erwirtschaften. Eine große Außennachfrage kann jedoch die Konjunktur (das Wirtschaftswachstum) zu stark nach oben treiben, zudem kann das zusätzlich in die Volkswirtschaft fließende Geld die Inflation (Geldentwertung) verstärken. Weiters ist mit Geldschulden immer auch das Risiko des Ausfalls der Zahlung durch die Schuldnerländer verbunden.

Aber auch ein Minus im Außenhandel ist alles andere als erstrebenswert: Eine negative Leistungsbilanz trägt zur Verschuldung des eigenen Landes und zur Abhängigkeit des Landes von Gläubigerländern bei, bei denen es verschuldet ist. Eine hohe →Importquote schwächt zudem die regionale Wirtschaft, reduziert die Binnennachfrage nach Waren und Dienstleistungen und reduziert damit die Beschäftigung.

MIT WEM HANDELN WIR?

ARBEITSWISSEN

Durch den Beitritt Österreichs zur EU hat sich der österreichische Außenhandel mit den EU-Nachbarstaaten verstärkt. Die „vier Freiheiten“ im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – freier Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr – haben dies erleichtert und unterstützt. Der dadurch geschaffene europäische Binnenmarkt bedeutet einen größeren Absatzmarkt, einen Wegfall der Handelschranken und gleichzeitig mehr Konkurrenz. Österreich zählt zu den Gewinnern des EWR und der Osterweiterung der EU. Wir erwirtschaften beinahe drei Viertel der Exporterlöse aus dem EU-Raum. Die gemeinsame Währung fördert zusätzlich die Handelsbeziehungen in der Eurozone, weil →Wechselkursschwankungen wegfallen.

Wie erreicht man ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht?

Die Rahmenbedingungen des Europäischen Wirtschaftsraumes und der gemeinsamen Währung fördern den Austausch von Waren, Dienstleistung und Kapital innerhalb der Mitgliedsstaaten. Auf einen ausgeglichenen Außenhandel zu achten, ist weiterhin nationalstaatliche Aufgabe. Über Kapitalimporte bzw. Kapitalexporte haben Staaten die Möglichkeit, Ungleichgewichten entgegenzuwirken. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts kann durchaus in Konflikt zu anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Zielen („Magisches Vieleck“) stehen, etwa zur Preisstabilität.

Arbeitsanregungen

1. Stellen Sie in einer Collage dar, durch welche wirtschaftlichen Aktivitäten Sie selbst zur Bilanz des österreichischen Außenhandels beitragen.
2. Argumentieren Sie, warum weder ein Plus noch ein Minus im Außenhandel erstrebenswerte Ziele sind.
3. Welche Folgen hatten die Erweiterungsschritte der EU in den letzten Jahren für die Entwicklung des österreichischen Außenhandels?

Herbert Pichler, Mag.

Studium Geographie und Wirtschaftskunde sowie Deutsche Philologie (beides Lehramt) an der Universität Wien. BHS-Lehrer am Schulzentrum Ungargasse, 1030 Wien, sowie Bundeslehrer im Schuldienst am Fachdidaktikzentrum des Instituts für Geographie der Universität Wien (<http://fdz-gw.univie.ac.at>). Schulbuchautor (Deutsch, Geographie und Wirtschaftskunde, Politische Bildung) und LehrerInnenbildner.



ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com finden Sie folgende ergänzende Unterrichtsbeispiele und Arbeitsaufgaben:

- ▶ Pichler, Herbert: *Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?*, in: *Forum Politische Bildung* (Hrsg.): *Herrschaft und Macht* (= *Informationen zur Politischen Bildung* 31). Innsbruck–Wien–Bozen 2009
- ▶ Zu Trittstein 1: Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Zwei Seiten einer Medaille“
- ▶ Zu Trittstein 2: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Vergleich der Arbeitslosenquoten EU, USA und Japan 1990 bis 2009“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“
- ▶ Zu Trittstein 3: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Ankurbelung der Wirtschaft in Österreich 2009/2010“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Vorhersage der Konjunktur“
- ▶ Zu Trittstein 4: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Der Warenkorb – Der Verbraucherpreisindex“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Doch kein Konflikt zwischen Beschäftigung und Inflation?“
- ▶ Zu Trittstein 5: Arbeitsaufgabe zur Grafik „Armut und Gleichstellung der Geschlechter“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Gehaltsunterschiede“; Text: *ARMut in ÖSTERREICH*
- ▶ Zu Trittstein 6: Arbeitsaufgabe zu Grafik „Energiesparen schont Umwelt und Geldbörse“
Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Was du heute kannst besorgen ...“
- ▶ Zu Trittstein 7: Arbeitsaufgabe zur Karikatur „Stärkung des Binnenmarkts“
- ▶ Arbeitswissen: Arbeitslosenquote in ausgesuchten Ländern